

EU-Staaten wollen grünere Agrarpolitik

Brüssel. Die EU-Staaten wollen die europäische Landwirtschaftspolitik grüner machen. Nach harten Verhandlungen einigten sich Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) und ihre Amtskollegen aus den anderen 26 EU-Ländern gestern in Brüssel auf die Reform. Die Beschlüsse bestimmen, wie die EU jene knapp 40 Prozent ihres Budgets, die in die Landwirtschaft fließen, künftig ausgibt. Erstmals zählen dabei auch Um-



Die Landwirtschaft in den EU-Staaten soll grüner werden.

weltaspekte. Denn die Reform soll die europäische Landwirtschaft umweltfreundlicher machen – das EU-Schlagwort dafür heißt »Greening«. Mit der vereinbarten gemeinsamen Position gehen die Staaten in Verhandlungen mit dem Europaparlament. Die europäischen Landwirtschaftsminister beschlossen, dass 30 Prozent der Direktzahlungen an die Bauern an Umweltauflagen geknüpft sind. Wer dagegen verstößt, dem droht zusätzlich der Verlust von 7,5 Prozent seiner EU-Hilfen. Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner erklärte nach ihrer Rückkehr nach Berlin gestern, sie sei »rundum zufrieden«.

Teure US-Klagen treffen Bank hart

Frankfurt. Die Deutsche Bank muss für ihre zahlreichen Rechtsstreitigkeiten deutlich mehr Geld zurücklegen als bisher gedacht. In der Folge schrumpft der ohnehin schon magere Gewinn des Jahres 2012 noch einmal erheblich, wie der Frankfurter Dax-Konzern gestern überraschend mitteilte. Deutschlands größte Bank erhöhte ihre Rückstellungen um 600 Mio. Euro auf 2,4 Mrd. Euro. Zur Begründung verwies das Geldinstitut auf Altlasten wie Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit US-Hypothekenkrediten.

Gewinneinbruch bei Metro

Düsseldorf. Der Handelsriese Metro hat 2012 wegen gesunkenen Kaufs in europäischen Krisenländern, Preisdrucks aus dem Internet und der Kosten für den Konzernumbau nur noch einen Bruchteil des üblichen verdient. Der Konzerngewinn schrumpfte um fast 90 Prozent auf nur noch 101 Mio. Euro, teilte die Metro AG gestern mit. Zur Gruppe gehören die Metro-Großhandelsmärkte, Europas führender Elektronikhändler Media-Saturn, die Ketten Real und Kaufhof.

Dämpfer für den Fahrradmarkt

Berlin. Für den Fahrradmarkt in Deutschland hat es 2012 einen Dämpfer gegeben. Die Hersteller verkauften 3,95 Mio. Räder an den Handel – 4 Prozent weniger als 2011, wie der Zweirad-Industrie-Verband (ZIV) gestern mitteilte. Hauptgrund sei das schlechte Wetter zwischen Ostern und Juli gewesen. Der Branchenumsatz stagnierte den Angaben zufolge bei etwa 4 Mrd. Euro. Fast jedes zehnte neue Rad, rund 380.000, war eines mit Elektroantrieb.

Verband will Wende bei Energiewende

Wirtschaftsorganisation LVI sieht Wettbewerbsfähigkeit des Südwestens durch Billigenergie in USA bedroht

Von Klaus Köster

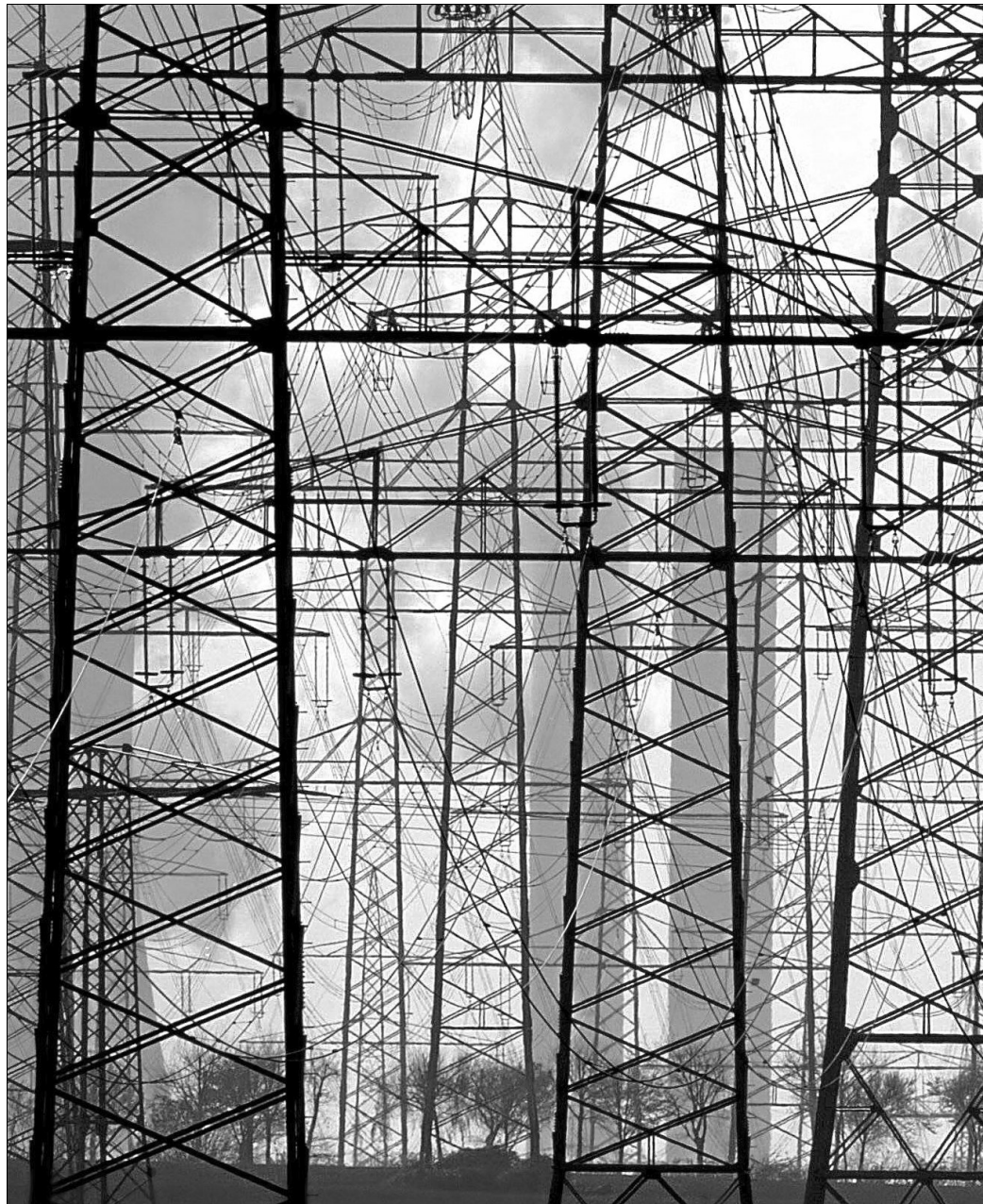
Stuttgart. Was hat die Erschließung von Erdgasvorkommen in Schiefergestein in den USA mit der Südwest-Wirtschaft zu tun? Sehr viel, sagt der Industrieverband LVI. Sie könne einen Rückzug von Unternehmen aus Deutschland bewirken.

In tiefen Gesteinsschichten in den USA schlummern gigantische Erdgasreserven in winzigen Bläschen. Wenn Sand, Wasser und Chemikalien mit hohem Druck in diese Schichten gepresst werden, lässt sich das Gas in großen Mengen freisetzen und nutzen. In sehr großen Mengen sogar: Schon bald könnten die USA durch die Erschließung dieser Vorkommen zum weltgrößten Erdgasproduzenten werden; und weil sie dann einen immer größeren Teil ihrer Energie selbst erzeugen können, dürften sie bald ihre Erdölimporte drastisch reduzieren.

Viele Prognosen besagen, dass dies den Weltmarktpreis für Öl abtören lassen könnte. Das klingt im Grunde ganz verheißungsvoll. Doch möglicherweise sind absackende Öl- und Gaspreise für die deutsche Industrie doch keine so gute Nachricht.

Der Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie (LVI) jedenfalls schlägt Alarm: »Wir können mit der Energiewende nicht einfach so weitermachen wie bisher«, sagt LVI-Präsident Hans-Eberhard Koch, der zugleich Chef des Pforzheimer Autozulieferers und Metallkomponenten-Herstellers Witzmann ist. »Wir brauchen möglichst schnell ein neues Einspeisegesetz.« Das Einspeisegesetz aber ist ein zentrales Element der Energiewende, denn es sichert den Betreibern von Wind- und Sonnenkraftanlagen hohe, meist höchst auskömmliche Preise für den von ihnen ins öffentliche Netz eingespeisten Strom zu.

Bezahlt wird das vom Stromverbraucher – vor allem von Privatkunden, aber auch von mittelständischen Unternehmen, sofern diese nicht wegen besonders hohem Stromverbrauch von der Be-



Das Stromnetz ist für die Südwest-Industrie eine Art Lebensader, denn für die Produktion wird viel Energie benötigt, die verlässlich zur Verfügung stehen muss. Foto: Gambarini

teilung an der Umlage befreit sind.

Was dem LVI Sorge bereitet, ist die Tatsache, dass Energie durch das Fracking in den USA weltweit billiger wird – und dass Deutschland davon kaum partizipiert, weil das Land auf den teuren Wind- und Sonnenstrom setzt. Je billiger der Strom weltweit, desto höher die Mehrkosten für den zahlenden Teil der deutschen Wirtschaft – und desto größer der Kostennachteil im Wettbewerb mit anderen Ländern. Kochs Forderung daher: »Es wird kein Weg daran vorbeiführen, das Einspeisegesetz zu reduzieren.« Insbeson-

dere dürfe der Staat den Betreibern nicht länger garantieren, den Strom aus erneuerbaren Quellen vorrangig vor dem Strom aus herkömmlicher Erzeugung ins Netz einzuspeisen. Denn dies führe dazu, dass sich etwa Kohlekraftwerke, die verlässlich Strom produzieren und kostengünstig die Grundlast abdecken, nicht mehr lohnten. Zudem werde der Ökostrom weit teurer als nötig produziert.

So mache es wenig Sinn, im sonnenarmen Deutschland eine Solarstromproduktion aufzubauen, die in Südeuropa wesentlich effektiver möglich

sei. »Wir brauchen einen europaweiten Energieverbund«, sagt Koch.

Nicht nur die Energiepolitik macht mittelständischen Firmen nach Einschätzung Kochs das Leben schwer, sondern auch die Debatte über Steuererhöhungen. Vor wenigen Tagen hatte Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid (SPD) in unserer Zeitung angekündigt, im April einen Steuergipfel einzuberufen, auf dem er Vertretern der Wirtschaft – darunter auch dem LVI – die aus seiner Sicht notwendigen Erhöhungen erläutern will. Koch sieht das anders: »Eine Vermögensab-

gabe wäre für mittelständische Betriebe ein Riesenproblem, denn sie müsste fast zwangsläufig auch die Betriebsvermögen erfassen.«

Diese aber seien in den Betrieben gebunden und könnten nicht einfach zu Geld gemacht werden. »Letztlich müssten viele Unternehmen Kredite aufnehmen oder ihr Eigenkapital antasten.« Das, so Koch, ginge zulasten der Investitionen und letztlich auch der Arbeitsplätze. Er rechnet vor: Wenn ein Unternehmer 1 Mio. Euro Privatvermögen besitzt und ein Firmenvermögen von 80 Mio. Euro, wäre bei einer Abgabe von 1,5 Prozent bereits im ersten Jahr mehr als das gesamte Privatvermögen weg. Die Politik belaste die Wirtschaft oft nach der Devise: »Die schaffen das schon.« Doch darauf könne man sich nicht auf Dauer verlassen. Schmid hatte in unserer Zeitung angekündigt, mit den Betriebsvermögen mittelständischer Unternehmen besonders schonend umgehen zu wollen.

Der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit auf der Kostenseite ist Koch zufolge umso ernster zu nehmen, als sich die Konkurrenz aus vielen Teilen der Welt verschärfe. So arbeiteten asiatische Länder intensiv daran, technologisch auf Weltniveau zu gelangen – zu Lasten der deutschen und vor allem der baden-württembergischen Wirtschaft. Auch westeuropäische Länder wie Frankreich versuchten massiv, ihre industrielle Wertschöpfung zu erhöhen. Und nicht zuletzt führe die Energiewende in den USA dazu, dass in dem Land Energie besonders billig werde, was zu einer starken Industrialisierung auch zu Lasten anderer Industrienationen wie Deutschland führen könne. »Eine Deindustrialisierung passiert schneller als man denkt«, sagt Koch. »Es gibt bereits Anzeichen für einen schleichenden Prozess der Abwanderung.«

Die Unternehmen wollten mit ihrem Wegzug »nicht drohen, sondern sie handeln so, um auf dem Weltmarkt zu bestehen«. Da Baden-Württemberg einen weit höheren Anteil an industrieller Wertschöpfung hat als der Rest der Republik, wäre der Südwesten von dieser Entwicklung besonders betroffen.

»Der Respekt ist wichtig, nicht das Etepetete«

Stiltrainer und Coach Jan Schaumann referiert in der Reihe »Denkanstöße« in Rottweil

Von Julia Klebitz

Rottweil. Wie man mit Stil zum Erfolg kommt und was das mit einem toten Fisch zu tun hat, erfuhren die Besucher gestern Abend im Rottweiler Kraftwerk. Stiltrainer und Coach Jan Schaumann verriet in der vom Schwarzwälder Boten und dem Süddeutschen Verlag veranstalteten Reihe »Denkanstöße«, wie man die Chance des ersten Eindrucks am besten nutzt.

Denn eine zweite Chance gib es für diesen ja bekanntlich nicht. Um etwas dafür zu tun, dass der erste Eindruck möglichst positiv ausfällt, bleiben allerdings gerade einmal sieben Sekunden. Ob im geschäftlichen oder privaten Bereich spielt dabei keine Rolle. Nach den ersten Sekunden hat sich das Gegenüber schon ein Bild gemacht und das ist ausschlaggebend dafür, wie es in der geschäftlichen oder privaten Beziehung weitergeht.

»Richtig ist wichtig«, sagt Schaumann deshalb. Der gefragte Referent und Autor weiß auch, wie es mit gutem Stil am besten Richtung Erfolg



Jan Schaumann gab gestern Abend Tipps, wie der erste Eindruck beim Gegenüber positiv ausfällt. Foto: Eich

geht. Einige Tricks verriet er den Besuchern gestern Abend von der »Denkanstöße«-Bühne aus – mit Humor und immer den passenden Beispielen aus der Praxis.

»Es macht einen großen Unterschied, ob Sie jemanden mit einem Händedruck begrüßen, oder ob Sie die Hand Ihres Gegenüber solange schütteln, bis ihm der Schweiß von der Stirn rinnt«, sagte Schaumann. Allerdings solle man auch niemandem

einfach nur die eigene Hand »wie einen toten Fisch« hinhalten. »Ein kurzer Händedruck ist immer am besten«, so der Experte.

»Erobern Sie mit Stil und Wertschätzung die Herzen der Menschen, die Ihnen wichtig sind«, rät Schaumann. Respekt sei wichtiger als »Etepetete«, ist der Experte für Stilfragen überzeugt.

Gelernt, worauf es bei den richtigen Umgangsformen ankommt, hat der Coach und

Autor quasi direkt »on the job« als Führungskraft in mehreren international operierenden Unternehmen. In Europa, den USA und in Asien machte er Erfahrungen im Bereich der privaten und geschäftlichen Kommunikation. Zudem ist er als Berater für verschiedene Firmen tätig.

Trotz der für viele Besucher neuen Stilregeln und Tricks, betonte auch Schaumann, wie wichtig nach wie vor eine ganz alte Regel ist: »Behandle andere Menschen so, wie du selber behandelt werden möchtest«.

Fortgesetzt wird die Vortragsreihe »Denkanstöße« am Mittwoch, 17. April. Life-Coach Christian Bischoff referiert dann zum Thema »Meisterwerk Leben – Impulse für mehr Erfolg«. Unterstützt wird die Veranstaltungsreihe »Denkanstöße« im Kraftwerk von den Volks- und Raiffeisenbanken in den Kreisen Tuttlingen und Rottweil und der trend factory.

WEITERE INFORMATIONEN:

► <http://denkanstoesse.schwarzwaelder-bote.de>, Telefon 089/21 83 89 71

Schweitzer neuer DIHK-Präsident

Berlin. Der Berliner Unternehmer Eric Schweitzer (Bild) ist neuer Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Er wurde gestern von der Vollversammlung einstimmig zum Nachfolger von Hans-



Heinrich Driftmann gewählt, der nicht mehr antrat. Der 47-jährige Schweitzer, Mitinhaber des Recycling-Konzerns Alba, steigt damit zum jüngsten Chef in der 152-jährigen Geschichte des mächtigen Wirtschaftsverbandes auf. Schweitzer kritisierte die von SPD und Grünen im Wahlkampf angekündigten Steuererhöhungen, welche in letzter Konsequenz »unsere erfolgreiche Wirtschaftsstruktur« gefährden würden. Von der Bundesregierung forderte er mehr Anstrengungen gegen den Fachkräftemangel und auch bei der Energiewende liege noch viel im Argen.